

# N a c h k r i e g s p l a n u n g d e r A l l i i e r t e n

Problem →	Osteuropäische Staaten	Polnische Westgrenze	Behandlung Deutschlands	Reparaturen
Teheran, Dez. 1943	Churchill dringt mit Idee einer Balkan-Invasion nicht durch.	Einigung über Westverschiebung Polens und Anfall Königsbergs u. des nördlichen Ostpreußens an Russland	Einigkeit der Alliierten in puncto Zerstückelung Deutschlands	
Yalta 4.-11. Februar 1945	Drängen der westlichen Alliierten auf Bildung einer demokratischen polnischen Regierung und baldige Abhaltung freier Wahlen in Polen. Erklärung „über das befreite Europa“: Wiederherstellung der Selbstregierung in den bislang von den Achsenmächten unterworfenen Völkern.	Westgrenze Polens: Oder + westliche Neiße; bei Churchill jetzt Zweifel gegenüber dem bereits vorhersehbaren Ausmaß der zu erwartenden Vertreibungen	In Jalta verlangt Stalin verbindliche Anerkennung des Zerstückelungsprinzips, während die Westmächte jetzt auf Aufschub der Zerstückelungspläne umschalten ( <i>Sorge vor Machtvakuum in der Mitte Europas</i> ). April/Mai 1945 rückt auch die S.U. betont von diesen Plänen ab: Stalin am 9.5.45, die S.U. beabsichtige nicht, Dtlid. zu zerstückeln oder zu vernichten ( <i>Motiv wohl, den deutschen Patriotismus auf Russland hin zu orientieren</i> ).	Reparaturen von 20 Mrd. \$, davon 10 Mrd. an die UdSSR (50% aus Demontagen, 50% durch Entnahmen aus laufender Produktion.)
Potsdamer Konferenz 17.7.-2.8.45	USA drängen mit Erfolg auf Hinzuziehung von Vertretern der poln. Exilregierung zu der in Polen inzwischen errichteten Regierung. Erfolgreiche Beschwerden der angelsächsischen Mächte über die von ihnen nicht anerkannten Regierungen <b>Bulgariens</b> und <b>Rumäniens</b> . Vgl. Churchills Wort vom „Eisernen Vorhang“ Mai 45. 1945ff in Polen/Tschechoslowakei/Rumänien/Bulgarien/Ungarn unter Einfluss der russ. Besatzungsmacht Umwandlung zu „ <b>Volksdemokratien</b> “ mit Besetzung der Schlüsselpositionen durch die jeweiligen kommunistischen Parteien, Ausbau des Staatssicherheitsapparates, Behinderung der politischen Kräfte, die sich dem widersetzen. <b>1948/49 in diesen Ländern durchweg Schritt zur offenen kommunistischen Parteidiktatur.</b>	Trotz schärfster Differenzen ( <i>westlicher Vorwurf, dass durch Abtretung der ostdeutschen Landwirtschaft [= 1/4 der landwirtschaftl. Fläche Vorkriegsdtld.s] sowie des oberschles. Industriezentrums ein unentbehrlicher Teil des dt.en Wirtschaftskörpers aus den Planungen herausfalle, unentbehrlich für die Reparationsleistungen sowie für die Ernährung der dort ehemals ansässigen, jetzt vertriebenen oder geflohenen Bevölkerung</i> ) Annahme der <b>Oder-Neiße-Linie</b> unter der Bedingung, dass sie bis zu friedensvertraglicher Regelung als <b>Provisorium</b> zu betrachten sei. „Überführung der dt.en Bevölkerung in ordnungsgemäßer und humaner Weise.“ Bedeutsam, dass - im Gegensatz zu den <b>Londoner Vereinbarungen vom Herbst 1944, in denen die Grenzen der Besatzungszonen festgelegt wurden</b> , und Jalta - die ostdeutschen Gebiete der Kontrollratszuständigkeit entzogen wurden (also nicht Dtlid. in den Grenzen von 1937).	Potsdamer Formel: Behandlung Dtlid.s als <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>„wirtschaftl. Einheit“</b>;</li> <li>• Kontrollratszuständigkeit für das gesamte Vierzonengebiet, also <b>Viermächteverantwortung für ganz Dtlid.</b></li> <li>• <b>Dezentralisierung der polit. Struktur</b></li> <li>• in <b>ganz Dtlid.</b> sind alle demokratischen polit. Parteien zu erlauben;</li> <li>• allerdings: <b>„bis auf weiteres keine zentrale deutsche Regierung</b>;</li> <li>• jedoch <b>zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen</b> für Finanzwesen, Transport- und Verkehrswesen, Außenhandel und Industrie.</li> <li>• Dazu die Grundsätze der <b>Entnazifizierung</b>, der <b>Demokratisierung</b>, der <b>Entmilitarisierung</b>.</li> </ul> Die Einigung auf diese Grundsätze jedoch <b>„Formelkompromiss“</b> , der die ideologisch völlig unterschiedlichen Vorstellungen bezüglich der Realisierung überdeckte (was ist 'Demokratie'/'Faschismus'/'Nationalsozialismus'/'Militarismus'?) Insgesamt Potsdam Hinausschieben im Moment nicht konsensfähiger Entscheidungen (Beispiel auch Oder-Neiße-Linie als Provisorium).	Reparaturen sollen durch Sachwerte aus den jeweiligen Besatzungszonen geleistet werden; UdSSR soll darüber hinaus 25% der Industrieproduktion der westlichen Besatzungszonen erhalten. ( <i>Kein Geldtransfer wie bei den Reparationen der Weimarer Republik.</i> )  Permanente Streitfrage: Forderung der SU nach Entnahmen aus d. laufenden Produktion
zur praktischen Durchführung		Vertreibung bereits in den letzten Kriegsmonaten. Einrichtung poln. Verwaltungen; 2,3 Mio. Dtlid. verließen das Land, 1946-50 zogen 2,7 Mio. aus Zentralpolen u. dem an die UdSSR seit 1939 abgetret. Ostpolen in die ehemals dt.en Gebiete. → 'Ostverträge' (Warschauer Vertrag, Moskauer Vertrag 1970; → dt.-poln Grenzvertrag 1990 sowie Deutschland-Vertrag (2+4- Vertrag) 9.90	<i>Unterschiedl. Vorstellungen u. Praktiken der 4 Besatzungsmächte:</i> <b>Fkr.</b> verlangt Abtretung d. Rheinlands, d. Ruhr u. d. Saar; <b>gg.</b> zentrale dt.e Verwaltungsstellen; <b>gg.</b> Zulassung v. Parteien u. Gewerkschaften für ganz Dtlid.; nur Staatenbund annehmbar; erst 1948 Abrücken von diesem Std.pkt. <b>USA+ GB</b> für einheitliches Vorgehen; nach russ Weigerung 1946 Bizone, Einbeziehung in Marshallplan, polit. für <b>föderalistische</b> Struktur	<b>S.U.</b> wirtschaftl. sofort Umgestaltung. (Bodenreform, Enteignungen, Überführung eines großen Teils der Industrie in sowjet. AG's, politisch für gesamtdeutsche Einflussnahme Produktion auch der Westzonen, bes. Ruhrgebiet - einer der wesentl. Gründe für Scheitern der Viermächteverwaltung. Geschätzte Reparationen der Reparationen v.a. per Demontagen bis 1953 aus d. Westzonen ca. 16 Mrd.; aus der SBZ ca. 66,4 Mrd.